Deutscher Bundestag **Drucksache 16/198**

16. Wahlperiode 13. 12. 2005

Antrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Krista Sager, Grietje Bettin, Ekin Deligöz, Kai Boris Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berufsausbildung umfassend sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zugang zu Bildung und Ausbildung ist ein zentrales Merkmal einer gerechten Gesellschaft. Bildung entscheidet immer mehr über die Chancen des Einzelnen auf soziale Teilhabe. Sie ist notwendig, um in einer komplexer werdenden Gesellschaft Orientierung zu finden und das eigene Leben aktiv gestalten zu können. Bildung hat einen Eigenwert für die Entfaltung der einzelnen Menschen und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Bildung eröffnet Perspektiven und ist zunehmend der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Chancen und Perspektiven werden aber schon lange vor der Wahl der beruflichen Ausbildung eröffnet oder eben verbaut: in Kindergarten und Schule. Das haben die Ergebnisse der Pisa-Studie gezeigt. Deswegen muss die Verbesserung der Bildungswege schon dort beginnen.

Eine gut ausgebildete Bevölkerung ist gleichzeitig die entscheidende Ressource, um im Innovationswettbewerb mit anderen Ländern zu bestehen. Als nach klassischem Verständnis rohstoffarme Volkswirtschaft ist Deutschland auf einen hohen Bildungsstand aller Bevölkerungsgruppen angewiesen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter. Angesichts der Herausforderung des demografischen Wandels müssen alle Talente genutzt werden. Nur so kann sich eine demokratische Wissensgesellschaft weiterentwickeln und im internationalen Wettbewerb behaupten.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie die Beschäftigungs- und Lebenschancen jedes Einzelnen hängen mehr denn je davon ab, ob es gelingt, die Lern- und Leistungspotenziale der Menschen zu aktivieren. Dies gilt gerade für junge Menschen. Wer den eigenen Lebensweg mit der Erfahrung der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit beginnt, verliert Perspektive, Motivation und Selbstvertrauen. Dieser individuelle Verlust von Zukunftszutrauen verursacht in der Folge oft hohe soziale und finanzielle Kosten für die Gesellschaft. Deswegen sind alle politischen und gesellschaftlichen Akteure in der Pflicht, jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Besonders wichtig ist dabei, dem hohen Stellenwert einer qualifizierten Berufsausbildung für den Integrationserfolg von Migrantinnen und Migranten zu entsprechen. Außerdem muss die unter der früheren Bundesrgierung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begonnene Modernisierung der dualen Ausbildung auch mit Blick auf die Potenziale der ökologischen Modernisierung weiter vorangebracht werden.

Die bisher angestoßenen Initiativen und Programme haben den seit vielen Jahren herrschenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen in Deutschland nicht beheben können. Alljährlich sind noch zum Beginn des Ausbildungsjahres zehntausende Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive. Auch der Ausbildungspakt hat die in ihn gesetzten Erwartungen nicht hinreichend erfüllt. Noch immer gibt es nicht für alle Ausbildungswilligen einen Ausbildungsplatz. Das im Rahmen des Paktes entworfene Instrument des „Einstiegsqualifizierungsjahres“ (EQJ) hat sich zwar in vielen Fällen als Einstiegsjahr erwiesen, aber nur selten einen Qualifizierungsvorteil gebracht. Auch die im Pakt beschlossene Kooperation aller beteiligten Akteure zur Verbesserung der Berufsorientierung und -reife hat noch keine Ergebnisse gebracht.

In der beruflichen Ausbildung ist und bleibt vor allem die Wirtschaft gefordert, auch in ihrem eigenen Interesse an gut ausgebildeten Fachkräften für die Zukunft. Für die staatlichen Akteure bleibt die Aufgabe, die bestehenden staatlichen Maßnahmen im Interesse der Jugendlichen zu koordinieren, gegebenenfalls zu bündeln und vor allem in ihrer Qualität zu verbessern. Deswegen müssen bis zum Ablauf des Moratoriums über die Ausbildungsplatzumlage im Jahr 2007, auf das sich die Partner des Paktes geeinigt haben, dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation durchgeführt werden.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern

   – bis Juli 2006 Konzepte vorzulegen, wie die im Pakt vereinbarte Kooperation der Arbeitsagenturen, der Betriebe, der überbetrieblichen Bildungsstätten, der berufsbildenden Schulen und anderer Berufsbildungsträger mit den allgemeinbildenden Schulen intensiviert werden soll, so dass dadurch zur Verbesserung der Berufsreife und vor allem auch der Berufsorientierung der Jugendlichen beigetragen werden kann;

   – bis Juli 2006 ein Konzept vorzulegen, wie die Quote der Jugendlichen unter 25 Jahren, die die Schule ohne Abschluss der Sekundarstufe II oder einen sonstigen Bildungsabschluss verlassen haben und keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, halbiert werden kann;

   – eine Offensive zu starten, um die Wirksamkeit und Zielgenauigkeit der staatlichen Qualifizierungsprogramme zu verbessern. Dies sollte auch Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und Einstiegsqualifizierung umfassen und berufliche Schulen unterstützen. Notwendig sind hier u. a. die interkulturelle Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte;

   – die Benachteiligtenförderung quantitativ und qualitativ so auszubauen, dass sie mehr Jugendlichen ermöglicht, schneller einen qualifizierten Abschluss zu erreichen. Dazu ist es auch notwendig, dass die Vorbereitungs- und Qualifizierungsmaßnahmen noch stärker in modularisierte Ausbildungsgänge integrierbar oder anrechenbar werden;

   – ein Konzept vorzulegen, das die Bildungsberatung vor allem dahin gehend verbessert, dass junge Frauen und Männer bei der Wahl ihrer Ausbildung Geschlechterstereotype genauso überwinden wie herkunftsspezifische Stereotype und das gesamte Ausbildungsspektrum für ihre Berufswahlentscheidung nutzen;

   – die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu fördern, indem das Erreichen der Hochschulreife durch Abschlüsse der beruflichen Bildung erleichtert und bundesweit vereinheitlicht wird;

   – ein Konzept vorzulegen, wie gewährleistet werden kann, dass die Hochschulen so ausgebaut werden, dass bei einer angestrebten Studierendenquote von 40 Prozent eines Jahrgangs ausreichend ausfinanzierte Studienplätze zur Verfügung stehen und nicht – wie derzeit zu beobachten –

Studienplätze abgebaut werden und so der Druck auf den Ausbildungsmarkt erhöht wird.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– die seit der Reform des Berufsbildungsgesetzes mögliche Anerkennung vollzeitschulischer Ausbildungen verstärkt bekannt zu machen und voranzutreiben. Es hat sich gezeigt, dass diese Möglichkeit bisher weder in allen Betrieben noch in allen Kammern bekannt ist. Ein Zwischenergebnis über erste Auswirkungen der Reform muss auf Basis der Daten zum Ende der Nachvermittlung 2005 schnellstmöglich vorgelegt werden;

– schnellstmöglich europarechtskompatible gesetzliche Grundlagen zu schaffen, so dass bei öffentlichen Vergabeverfahren ausbildende Betriebe bevorzugt werden können;

– die verschiedenen Programme des Bundes im Bereich der beruflichen Bildung zu einem umfangreichen Qualifizierungsprogramm zu bündeln und zu erweitern;

– sicherzustellen, dass die Zuständigkeit von mehreren Akteuren wie den Arbeitsagenturen, den Arbeitsgemeinschaften, den Trägern der Jugendhilfe und den kommunalen Trägern für die Jugendlichen nicht zum „Verschiebebahnhof“ wird, sondern deren Interessen durch umfassende Kooperation wahrgenommen werden. Dazu müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden;

– die Lage junger Migrantinnen und Migranten auf dem Ausbildungsmarkt gezielt zu verbessern. Alle Akteure der beruflichen Bildung müssen mit dem Ziel zusammengebracht werden, Konzepte, Projekte und Initiativen zur beruflichen Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und umzusetzen. Dazu muss das von Rot-Grün ins Leben gerufene Qualifizierungsnetzwerk für die Förderung der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fortgesetzt und ausgeweitet werden;

– bisherige Programme wie KAUSA, die es Migrantinnen und Migranten erleichtern, in ihren Betrieben auszubilden, fortzusetzen und zu ergänzen mit dem Ziel, ihre Ausbildungsquote zu erhöhen. Ebenso muss überprüft werden, ob und wie die Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung die Ausbildungsquote gerade von ausländischen Unternehmen in Deutschland erhöht hat;

– auf die Bundesagentur dahin gehend Einfluss zu nehmen, dass diese in ihrer Beratungspraxis die Einordnung in „Frauenberufe“ und „Männerberufe“, die derzeit noch immer stattfindet, überwindet, damit junge Frauen und Männer nicht mehr davon abgehalten werden, ihre Potenziale voll auszuschöpfen und ihre Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten zu verbessern. Die kommunalen Träger sollten darin unterstützt werden, in ihrer Beratung und Vermittlung solche überkommenen Rollenbilder gar nicht erst auszubilden;

– auf die Tarifpartner im Rahmen des Paktes Einfluss zu nehmen, sich vermehrt in tariflichen Vereinbarungen selbst zur Erhöhung der Ausbildungszahlen zu verpflichten;

– auf die Partner im Pakt für Ausbildung einzuwirken, dass auch diese über den Pakt hinaus aktiv werden und beispielsweise diejenigen Unternehmen, die ausbilden, von Kosten entlasten. So sollten die Kammern einheitlich dem guten Beispiel einzelner Regionen folgen und die Prüfungsgebühren abschaffen. Wenn die Kosten der Prüfungen stattdessen auf die Mitgliedsbeiträge umgelegt würden, beteiligten sich auch die Unternehmen an den Kosten der Ausbildung, die selbst nicht ausbilden;

– rechtzeitig vor dem Auslaufen des Moratoriums zur Ausbildungsplatzumlage über die Entwicklung der Ausbildungssituation zu berichten sowie Handlungsoptionen zu unterbreiten und, falls die freiwillige Selbstverpflichtung nicht zu einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen geführt hat, dabei auch die Einführung von Umlagesystemen zu prüfen;

– Bestrebungen zu unterstützen, eine Stiftung zur Förderung der beruflichen Bildung zu gründen. Die Einwerbung von Stiftungsgeldern und deren Verwendung für gelungene beispielgebende Projekte in der beruflichen Bildung, etwa von vorbildlichen Ausbildungsverbünden oder von innovativen Schulformen für Auszubildende, befördert das bürgerschaftliche Engagement für Berufsbildung und weist neue Wege. Nur durch eine offensive Strategie, die in allen Teilen der Gesellschaft für die berufliche Bildung wirbt und ihr eine prominente Stellung im öffentlichen Leben sichert, kann die grundlegende Aufgabe der Berufsausbildung für die Integration junger Menschen in die Gesellschaft für die Zukunft gesichert werden.

Berlin, den 13. Dezember 2005

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333